

## **Bernd Kallina**

# **Die Deutschen als Zielgruppe: Einflußnahme, Steuerung oder was? Das Einwirken westlicher Nachrichtendienste auf die Bundesrepublik**

*Mitteleuropa und damit sein Zentralland Deutschland befinden sich ohne Zweifel inmitten eines der großen Spannungsfelder weltweiter Strategien.<sup>1</sup>*

*Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen.<sup>2</sup>*

*Seit der Wiedervereinigung nimmt die Bundesrepublik eine herausragende wirtschaftliche und politische Stellung in der geographischen Mitte Europas ein. Technologischer Entwicklungsstand und industrielle Dichte des Landes, aber auch sein zunehmendes politisches Gewicht und die wachsende Konkurrenz auf den globalen Märkten rücken Deutschland ins Visier fremder Mächte und Marktanbieter. Seine informationsabhängige Infrastruktur bietet lohnende Angriffsziele für politische, militärische und wirtschaftliche Bedrohungen.<sup>3</sup>*

## **FRAGESTELLUNGEN**

Ob die Bundesrepublik Deutschland im Laufe ihrer bisherigen Geschichte ein durch äußere Mächte mehr oder weniger gesteuertes Gemeinwesen darstellt(e), verweist auf eine ebenso interessante wie nicht ganz einfach zu klärende historisch-politische Fragestellung. Der bekannte deutsche Nachrichtendienst-Experte *Erich Schmidt-Eenboom* antwortete auf die Frage, ob der Intensitätsgrad von äußerer Einflußnahme den Begriff „Steuerung der Bundesrepublik“ rechtfertige oder ob diese Formulierung zu aufgeblasen sei: „Das ist für die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Sicherheit nicht übertrieben“.<sup>4</sup> Unbestreitbar wurde und wird auf Deutschland auch geheim- bzw. nachrichtendienstlicher Einfluß seitens diverser Akteure genommen.<sup>5</sup> Dieses Geschehen entspricht zwar den üblichen

---

<sup>1</sup> So General *Andre Beaufre* in: *Abschreckung und Strategie*, 1964.

<sup>2</sup> So *Johannes Groß* in: *Phönix aus der Asche*, 1989.

<sup>3</sup> So *Gebhard Geiger* (Hrsg.) in: *Sicherheit der Informationsgesellschaft - Gefährdung und Schutz informationsabhängiger Infrastrukturen*, Baden-Baden 2000.

<sup>4</sup> Interview-Aussage von *Erich Schmidt-Eenboom* gegenüber dem Autor vom 22.11.2004 in Weilheim/Oberbayern.

<sup>5</sup> *Ders.* als Beispiel für steuernde Einflußnahme erwähnt *Schmidt-Eenboom* die Geschichte des „Congress for cultural freedom“: „Das war eine in Berlin gegründete CIA-Frontorganisation, die auch in vielen anderen europäischen Ländern präsent war. Sie hat - durchaus erfolgreich - versucht, den Kulturbetrieb der Bundesrepublik Deutschland im antikommunistischen Sinne zu lenken. Und das in nachrichtendienstlich sehr kluger Weise, weil es in erster Linie darum ging, Linksintellektuelle und Linksliberale für antikommunistische Positionen zu gewinnen.“ Über die angeblich förderlichen CIA-Einflüsse auf den medienmächtigen westdeutschen Springer-Konzern finden sich immer wieder Hinweise in der deutschen und internationalen Literatur. Zuletzt von *Willi Winkler*, *Psst! Freund schreibt mit* – Aus der Geschichte US-amerikanischer Pressekampagnen: Wie einmal der Axel-Springer-Verlag und die CIA aufs Schönste zusammenfanden, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30.12.2005: „1982 behauptete der CIA-Experte *Murray Waas* in der amerikanischen Zeitschrift *The Nation*, die CIA haben den Aufbau von Springers Verlagsimperium in den frühen Fünfzigern heimlich mit gut sieben Millionen Dollar unterstützt.“ Die Einschätzung von Ex-Bundesminister *Erhard Eppler* in: *Frankfurter Rundschau* vom 23.01.2006: „Natürlich war die CIA im besetzten Deutschland tätig. Jeder US-Präsident mußte sie wegen Unfähigkeit auflösen, hätte sie nicht in den 60 Jahren nach Kriegsende ein verlässliches Netz von Informanten, Zuarbeitern und Agenten aufgebaut.“ Vergleiche auch zum Wirken von Nachrichtendiensten in Deutschland: *Wolfgang Krieger / Jürgen Weber* (Hg), *Spionage für den Frieden – Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges*, Herausgegeben von der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, München und Landsberg/Lech 1997.

Gepflogenheiten internationaler Politik,<sup>6</sup> hat aber - bezogen auf Deutschland nach 1945 - einige Besonderheiten, die mit den besatzungsgeschichtlichen Ursprüngen des Landes zusammenhängen.<sup>7</sup> Apropos, übliche Gepflogenheiten: Bei all diesen Vorgängen sei auf die nüchterne Analyse z.B. der restriktiven Atomwaffenverbreitungspolitik der USA durch den israelischen Militärgeschichtler *Martin van Creveld* verwiesen: „**Die USA verhalten sich, wie ein Hegemon sich eben verhält. Das kann man beklagen. Aber das hat nichts mit ‚amerikanischer Heuchelei‘ zu tun. Jedes andere Land der Welt würde sich nicht anders verhalten, wenn es an der Stelle der USA wäre.**“<sup>8</sup>

Nachfolgend wird auf einige allgemeine Aspekte von nachrichtendienstlichen Interventionsmustern eingegangen. Sie sollen der oftmals im Land der Dichter und Denker vernachlässigten Vergegenwärtigung dieser realen Politik-Dimension<sup>9</sup> - vor allem auch seitens „befreundeter Staaten“<sup>10</sup> - dienen und insofern einen Beitrag zur Steigerung von Wirklichkeits-Wahrnehmung leisten. Vorab erfolgt jedoch eine knappe Darstellung zu den modernen Möglichkeiten von Informationskriegführung im digitalen Zeitalter, die im Bereich der klassischen Spionage und darüber hinaus eine neue, geradezu revolutionäre Qualität erreicht hat.<sup>11</sup> Eine vertiefende Akzentuierung der Fragestellung erfolgt dann abschließend im Bereich der geheimdienstlichen Einflussnahme bzw. von Infiltrationsversuchen auf die rechte und Rechtsaußen-Szene der Bundesrepublik durch die die CIA,<sup>12</sup> wobei - in Form einer

---

<sup>6</sup> Vergleiche zur Charakterisierung dieser Vorgänge den aufschlußreichen Aufsatz von *Paul Noack*, Intervention und Revolution in: Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft – Im Namen des Geschwister-Scholl-Institutes, herausgegeben von *Peter Cornelius Mayer-Tasch*, Freiburg 1980, S. 168 ff.: „Intervention findet in den meisten Fällen statt, um das internationale ‚alignment‘, die internationale Ausrichtung, des Zielstaates zu verändern oder aber – um ihn im eigenen Lager zu halten ... Interventionen werden hier verstanden als ‚unterschiedliche Techniken, die in der internationalen Politik angewandt werden, um entweder eine regierende Elite in einem Zielstaat abzusetzen und/oder zu ersetzen oder einer an der Macht befindlichen Elite in einem Klienten-Staat an der Macht zu halten.“

<sup>7</sup> Vgl. zu den politisch-psychologischen Einflüssen auf Westdeutschland und ihren besatzungsgeschichtlichen Hintergründen u. a.: *Caspar von Schrenck-Notzing*, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965 sowie als erweiterte Neuauflage Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen, Graz 2003; s. auch *Georg Jaeckel*, Die geistige Lage in Westdeutschland, ihre Ursachen und Folgen für die gesamtdeutsche Entwicklung, in: *Bonner Ostbrief*, November 1983.

<sup>8</sup> So *Martin van Creveld* (Hebräische Universität Jerusalem) im Interview mit der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, vom 20.01.2006.

<sup>9</sup> Vergleiche Max Webers Politik-Definition in: „Politik als Beruf“, Leipzig 1926, die sich sehr anschaulich auch auf die nachrichtendienstliche Arbeitsweise anwenden läßt: „Politik ist das Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverhältnisse, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“

<sup>10</sup> Die häufig gebrauchte Wendung „Befreundete Staaten“ erscheint etwas irreführend. Die Beziehungsverhältnisse von Staaten untereinander sind von Interessen geprägt. Die Wendung meint meistens Staaten, die einem gemeinsamen Bündnissystem angehören. Aber auch dieser Fakt bedeutet keineswegs eine wechselseitige Spionage-Abstinenz – im Gegenteil!

<sup>11</sup> Auf eine interessante Diskussion über Rolle und Funktion von Geheimdiensten in Zeiten globalisierten Informationsflusses zwischen dem einstigen Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, *Peter Frisch* und dem Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung Datenschutz (DVD), *Thilo Weichert*, in der *Frankfurter Rundschau* wird hingewiesen. Während *Weichert* (in der *FR* vom 19.07.2003) die These vertrat, das ein Großteil der Agentenarbeit unter den Bedingungen der globalisierten Informationsgesellschaft überflüssig geworden sei, plädierte *Frisch* (in der *FR* vom 21.08.2003) für eine modifizierte Beibehaltung der Dienste und hob die nach wie vor wichtige Unterscheidung von Geheimpolizeien und Nachrichtendiensten hervor. Vergleiche auch: *Eric Gujer*, James Bond unter Reformdruck – Die Geheimdienste in stark gewandeltem Umfeld, *Neue Zürcher Zeitung* vom 25.03.2002.

<sup>12</sup> Literaturhinweise zur Arbeitsweise der CIA:

a) aus (deutscher) journalistischer Sicht: *Udo Ulfkotte*, Der Krieg im Dunkeln – Die wahre Macht der Geheimdienste, Frankfurt 2006, Kapitel; „Der Staat im Staat: CIA, S. 82ff.; Hauptaussage:

bilanzierenden Zusammenschau - auf interessante Verschränkungen innerer und äußerer Kräfte in dieser Szene eingegangen wird.

## INFORMATIONSKRIEGFÜHRUNG

Die Wiege der modernen Informationskriegführung stand in den USA. Von dort aus gingen die Impulse zur Nutzung der Informationstechnologie IT als ein Mittel von strategischer Bedeutung, sowohl im militärischen, als auch im zivilen Bereich. Wie bei allen technischen Revolutionen liegen die nützlichen, aber eben auch die mißbräuchlichen Anwendungsgebiete der neuen Instrumente dicht beieinander. Schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als diese Entwicklung einen ernstzunehmenden und praktizierten Reifegrad erreichte, beleuchtete eine Gruppe der am Züricher *Institut für militärische Sicherheitstechnik* tätigen Autoren verschiedene Aspekte der neuen Informationskriegführung. Unter politischen Gesichtspunkten lauteten die herausragenden Ergebnisse der Schweizer Forschergruppe:

- Statt Interessenkonflikte unter Anwendung von Gewalt auszutragen, wird versucht, einem Gegner durch gezielte Beeinflussung seiner Entscheidungen den eigenen Willen aufzuzwingen
- Für Entscheidungsprozesse notwendige Informationen werden

---

„Um wirtschaftliche, politische und militärische Vorteile für ihr Land zu bekommen, sind den Geheimdiensten jedes Mittel recht: Skandalös, wie CIA und MI 6 mit Lügen den Vorwand für den Irak-Krieg lieferten oder Foltermethoden wie in Abu Ghraib anwenden. Ungeheuerlich, welche Rolle die CIA bei der Entführung vermeintlicher Terrorverdächtiger spielte oder der russische Geheimdienst die Versenkung der Estonia in Kauf nahm. Legendär, wie der Mossad Eichmann nach Israel entführte. Kaum zu glauben, daß der Vatikan einen der effizientesten Geheimdienst der Welt unterhält.“

b) aus (US-amerikanischer) journalistischer Sicht: *James Risen*, *State of War - Die geheime Geschichte der CIA und der Bush-Administration*, Hamburg 2006, Autor Risen ist bei der *New York Times* für den Bereich Nationale Sicherheit zuständig und wurde als Angehöriger des Journalistenteams, das 2002 für seine Hintergrundberichterstattung zum 11.09. und zum Terrorismus mit dem Pulitzer-Preis geehrt. Seine Zentralaussagen:

„In den Siebzigern drehten sich in den USA die Affären um Machtmißbrauch in der Innenpolitik. In den Achtzigern brachen Amerikaner Gesetze bei verdeckten Operationen im Ausland. Heute ist Amerika ein Kriegsstaat, und die Verschleppung und Folter von Gefangenen, groß angelegte Lauschangriffe im In- und Ausland und vertuschte Verstöße gegen internationales Recht sind an der Tagesordnung - und nur die Spitze des Eisberges.“

c) aus politikwissenschaftlicher Sicht: *Loch K. Johnson*, *Bomben, Wanzen und Intrigen - Amerikas Geheimdienste*, Düsseldorf 2002, Verfasser ist Professor für Politikwissenschaften an der University of Georgia und gilt als einer der fundiertesten Kenner der amerikanischen Geheimdienstlandschaft. *Johnson* war in den 70er Jahren Mitglied in verschiedenen Kommissionen der US-Geheimdienste. Seine Zentralaussage:

„Die Arbeit der Nachrichtendienste muß frei sein von politischer Beeinflussung. Es wird von einem Analysten erwartet, daß er Fakten in objektiver Art und Weise beurteilt, doch immer wieder geben sie dem Druck des Weißen Hauses nach und produzieren 'gefällige Informationen', die die politische Agenda des Präsidenten bestätigen, statt eine oft unbequeme Realität aufzuzeichnen, die das Versagen der Regierungspolitik belegt.“

d) aus Sicht eines ehemaligen CIA-Mitarbeiters, der lange Jahre im deutschen Raum operierte:

*John Mapother*, *Wie man auf die Watchlist kommt - Eine wahre Geschichte aus Amerika*, Wien 1997. Der Autor schildert die Hintergründe der *Anti-Waldheim*-Kampagne und geht recht anschaulich auf die Fixiertheit vieler US-Medien auf Nazi-Gespenster in Deutschland ein.

e) aus Sicht von ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Auslands-Nachrichtendienstes, der „Hauptverwaltung Aufklärung“: *HVA: Klaus Eichner*, seit 1974 Analytiker im Bereich IX/C der HVA, spezialisiert auf die USA-Geheimdienste. Von 1987 bis zur Auflösung der HVA Leiter des Bereichs C = Auswertung und Analyse = der Abteilung IX = Gegenspionage = und *Andreas Dobbert*, Mitarbeiter des MfS von 1978 bis 1990. Spezialist für US-Geheimdienste. Von 1984 bis zur Auflösung der HVA Analytiker im Referat 3 des Bereichs C = Auswertung und Analyse = der Abteilung IX = Gegenspionage =): Headquarters Germany - Die USA-Geheimdienste in Deutschland, Berlin 1997.

unrechtmäßig beschafft, gezielt manipuliert oder verwehrt... Im Informationskrieg versucht man, den Gegner durch gezielte und koordinierte Einsätze von

- Computer-Angriffen,
- elektronischer Kriegführung,
- Tarnung und Täuschung,
- psychologischer Kriegführung sowie durch
- physische Zerstörung von relevanten IT-Systemen

zu überlisten.

- Ebenso wichtig ist es, die eigenen Informationen vor solchen Attacken zu schützen...
- Informationskrieg kann zwischen
  - Einzelpersonen,
  - Personengruppen,
  - Firmen oder
  - Teilen des Staates

stattfinden zur Verfolgung spezieller Interessen.<sup>13</sup>

Vorrangiges Ziel in diesem - insbesondere von den USA proklamierten sowie praktizierten - Informationskrieg, sei nach dem Ende des Kalten Krieges die Industriespionage, berichtet nicht nur das Schweizer Autoren-Team und verweist auf die amerikanische Regierung, die diese Richtung in den offiziellen Aufgabenprofilen für ihre Nachrichtendienste beschrieben habe. Und die weltweite Stoßrichtung dieser Spionage versucht man seitens der US-Verantwortlichen keineswegs geheim zu halten. Im Gegenteil: in mehreren offiziellen Dokumenten wird nämlich explizit festgehalten, daß offensive Informationsoperationen und insbesondere Computer-Netzwerk-Angriffe gegen andere Staaten und ihre Infrastruktur ein zulässiges Mittel der Außenpolitik sind.<sup>14</sup>

Hilfreiche Voraussetzung bei derartigen Operationen sind dabei die von den USA durch ihre „National Security Agency“ und deren *Echelon*-System<sup>15</sup> mögliche Kontrolle der

---

<sup>13</sup> Das vom Autor – typographisch - hervorgehobene Zitat stammt vom Autorenteam *Riccardo Sibia / Markus Spindler / Jacob Gut*, Ein neues Gespenst am Bedrohungshorizont? Überlegungen zur Informationskriegführung, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.08.1999.

<sup>14</sup> Hier sei vor allem auf die Doktrin-Vorschrift JP 3-13 der „Joint Doctrine for Information Operations“ verwiesen. Vergleiche dazu auch: *Gebhard Geiger*, Offensive Informationskriegführung „Die ‚Joint Doctrine für Information Operations‘ der US-Streitkräfte - sicherheitspolitische Perspektiven“, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin 2002. Der Studien-Autor *Gebhard Geiger* im Interview (am 12.07.2004) mit dem Verfasser:

„Die Aufgabe, die in der Dienstvorschrift der amerikanischen Streitkräfte festgeschrieben ist, erstreckt sich auf alle sicherheitspolitische relevanten Informationen. Also auf militärische, auf zivile und auf den ganzen wirtschaftlichen Bereich. Die Aufgabenstellung wird ganz konkret darin gesehen, daß die zu ergreifenden Maßnahmen sich einzig und allein am amerikanischen Interesse ausrichten haben.“

<sup>15</sup> Zur Einflußnahme amerikanischer Nachrichtendienste siehe auch die Fernsehdokumentationen: *Westdeutscher Rundfunk* am 26. Mai 1999, *Germany made in USA – Wie US-Agenten Nachkriegsdeutschland steuerten*, ein Film von *Joachim Schröder*; ZDF am 05.01.2003, „Freund hört mit – US-Spionage in Deutschland“, ein Film von *Egmont R. Koch*.

internationalen elektronischen Kommunikationswege. Dazu der Geheimdienstexperte und Publizist *Udo Ulfkotte* in seinem jüngsten Werk: „*Wie eine Art riesiger Staubsauger saugt die „National Security Agency weltweit die gesamte elektronische Kommunikation auf: Telefongespräche, Faxe, E-Mails.*“<sup>16</sup> Werden diese gezielt und - je nach Spionageschwerpunkt - qualifiziert ausgewertet, so können die dabei gewonnen Erkenntnisse als Ansatzpunkte für nachrichtendienstlich organisierte Offensiv-Operationen dienen.

## KLASSISCHE SPIONAGE-FELDER

„Zu den Kernaufgaben von Nachrichtendiensten gehört es, Einfluß auf die Politik von Staaten zu nehmen,“ erläutert der deutsche Spionage-Experte *Erich Schmidt-Eenboom* das nachrichtendienstliche Grundgeschäft und benennt hinsichtlich der Einfluß-Zielrichtungen, *sowohl gegnerische als auch sogenannte befreundete Staaten.*“<sup>17</sup> Auf die Benennung der letzteren wird allerdings auch im jüngsten Jahresbericht 2004 des *Bundesamtes für Verfassungsschutz* verzichtet. Unter der Rubrik „Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten“ heißt es dort insofern nur verkürzt: „Das Bedrohungsszenario im Aufgabenbereich der Spionageabwehr hat sich auch im Jahr 2004 nicht verändert. Deutschland ist vorrangiges Aufklärungsziel für die Nachrichtendienste einer Reihe fremder Staaten. Dazu zählen neben einigen Ländern aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS: Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und Weißrussland) – vornehmlich der Russischen Föderation – auch solche aus dem nah-, mittel-, und fernöstlichen sowie dem nordafrikanischen Raum... Die Aufklärungsziele ausländischer Dienste reichen dabei von ‚klassischer Spionage‘ – d.h. der Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft, Militär etc. – bis hin zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zu ihren Regierungen im Heimatland stehen.“<sup>18</sup> Dennoch erweist sich **das offiziöse Schweigekartell der staatlichen Abwehrbehörden** über die Spionage-Aktivitäten „befreundeter Staaten“, d.h. von Bündnispartnern der Bundesrepublik, als nicht lückenlos. In einer Deutschlandfunk-Sendung aus dem Jahre 2004 äußerte sich der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz von Baden-Württemberg, *Helmut Rannacher*, im O-Ton wörtlich: „*Es ist ja allgemein bekannt, daß einige ... westliche Staaten, geführt von den USA, seit Jahrzehnten ein Satellitenüberwachungssystem Echelon betreiben. Da gibt es ja eine Studie des Europäischen Parlaments, die ... festgestellt hat, daß auch Informationen aus der Wirtschaft hier abgegriffen werden.*“<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> S. *Udo Ulfkotte*, *Der Krieg im Dunkeln...*, S. 165.

<sup>17</sup> Im Interview des Autors mit *Erich Schmidt-Eenboom* am 22.11.2004 und a. a. O: „Die Bundesrepublik Deutschland ist nachhaltig bedroht nicht nur durch sogenannte gegnerische Dienste sondern auch durch die Wirtschaftsspionage von Diensten aus ‚befreundeten Staaten‘. In erster Linie aus Japan, das klassischerweise seine Nachrichtendienste zu über 90 Prozent auf Wirtschaftsspionage ausgerichtet hat. Da ist auch der Nachbar Frankreich zu nennen, insbesondere im Bereich der Rüstungsspionage, auch zunehmend noch in den 80er und 90er Jahren und natürlich die amerikanische Spionage, die Nischen sucht, wo die Bundesrepublik Deutschland technologische Vorsprünge vor den Vereinigten Staaten hat.“ Diese Einschätzung teilt auch Dr. *Kai Hirschmann*, Stellvertretender Direktor des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik, Essen, im Interview mit dem Autor (in Köln am 6.10.2004): „Zunächst kann davon ausgegangen werden, daß nicht nur osteuropäische Nachrichtendienste, sondern auch sogenannte ‚befreundete Nachrichtendienste‘, d.h. aus der westlichen Welt, hier tatsächlich nachrichtendienstlich tätig sind.“

<sup>18</sup> Vergleiche Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2004, 2005, S. 252 ff.

<sup>19</sup> In: *Peter Hölzle*, „Die Blauäugigen in der Schadensfalle – Milliarden Schäden durch Wirtschaftsspionage am Beispiel von Baden Württemberg, Deutschlandfunk-Sendung „Hintergrund Politik“ vom 29. November 2004, 18.40 bis 19.00 Uhr. Nach dem O-Ton des Verfassungsschutzpräsidenten fährt DLF-Autor *Hölzle* fort:

Auch von politikwissenschaftlicher Seite wurde auf diese eigentümliche Verschweigetaktik kritisch verwiesen. Der Mitherausgeber dieses Buches, Professor Dr. *Hans-Helmuth Knütter*, jahrelang Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz, ging in einem Interview mit dem Deutschland-Magazin (Anfang 2001), das der Verfasser dieses Beitrages mit ihm führte, auf die Problematik so ein:

**Frage:** *Die computervernetzten Informationsgesellschaften sind das neue Feld einer intensiven internationalen Spionage, auf dessen Feld es keine Freunde mehr gibt, schrieb unlängst der britische Geheimdienstexperte Philip Knightley. Stimmen Sie zu und ist die deutsche Gesellschaft darauf angemessen vorbereitet?*

**Knütter:** *Ich stimme Knightley zu. Das Problem scheint mir folgendes zu sein: Während die politische Klasse im Großen und Ganzen über die Spionageaktivitäten fremder Staaten informiert sein dürfte, ist die Bevölkerung weitgehend desinformiert. Schon vor 1989 ist auf die bedrohliche Spionage seitens des Ostblocks hingewiesen worden. Nach 1989 wird jedoch von offizieller Seite weiterhin immer nur diese Spionage erwähnt, wobei sich deren Ausspähsziele vom militärischen zum wirtschaftlichen Bereich verlagert haben. Das stimmt zwar, betrifft aber nicht nur die Staaten des ehemaligen Ostblocks, sondern auch den Westen, was jedoch offiziell verschwiegen beziehungsweise bagatellisiert wird.*

**Frage:** *Erstaunlich, immerhin sagte Bill Clintons ehemaliger CIA-Chef R. James Woolsey: „Ja, meine kontinentaleuropäischen Freunde, wir haben euch ausspioniert!“*

**Knütter:** *Das Erstaunliche löst sich einfach auf: Der Amerikaner hat recht. Und wenn Ernst Uhrlau, Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, sich gegenteilig äußert, kann man dies nur als Volksverdummung bezeichnen.*

**Frage:** *Eine Art vorausseilender Gehorsam des deutschen Bündnis-Musterschülers?*

**Knütter:** *Mag sein. Fakt ist: Die nach wie vor vorhandenen Souveränitätseinschränkungen der Bundesrepublik werden von unseren verantwortlichen Polit-Akteuren nicht gebührend herausgestellt und realistisch thematisiert. Beispiel ‚Echelon‘. Diese US-Abhörinstitution, die ihre Deutschland-Filiale im bayerischen Bad Aibling hat (inzwischen teilverlegt nach Griesheim bei Darmstadt Anm .d. Verf.), zeichnet sich dadurch aus, dass deutsche Behörden so gut wie keinen Einblick haben. Welcher andere souveräne Staat<sup>20</sup> ließe sich so etwas gefallen? Und dann noch dazu dieser Eiertanz der Verschleierung deutscher Politiker und Beamten darum herum, wo alles offenkundig ist. Welchen Amtseid haben diese Damen und Herren eigentlich geleistet?<sup>21</sup>*

---

„Rannachers Hinweis erklärt einiges. Er erklärt vor allem, warum jede Bundesregierung – nicht nur die derzeitige – auf dem Feld der Wirtschaftsspionage bislang durch Tatenarmut glänzte. Alles andere hätte schließlich bedeutet, ein ernsthaftes Wort mit den westlichen Freunden, inklusive dem ‚Großen Bruder‘ jenseits des Atlantiks, zu reden. Klartext zu reden in Sachen Spionage gegen die Bundesrepublik mit den Akteuren in Washington – davon war und ist in Bonn bzw. in Berlin nichts zu vernehmen. Man fürchtet offenbar beim ‚Großen Bruder‘ in diesem Bereich mehr Souveränität einzufordern und Spionageangriffe in gebührender Form zurückzuweisen bzw. mit diplomatischen Konsequenzen angemessen zu reagieren.“

<sup>20</sup> Stichwort „Souveräner Staat“: Im Interview des Autors mit Staatsminister a. D. *Andreas von Bülow* (geführt am 03.05.2004 in Bonn) betont dieser hinsichtlich der verdeckten Steuerung ihres Gemeinwesens, „daß große Teile der bundesrepublikanischen Elite erstmals ‚souveränisiert‘ werden müssen.“ Das Problem sei, so *von Bülow* weiter, daß diese Elite im Windschatten der großen USA aufgewachsen sei und daraus auch großen Nutzen gezogen habe. Jetzt sei jedoch eine neue Situation entstanden, in der maßgebliche Teile der bundesdeutschen Elite erkennen sollten, daß es trotz bündnispolitischer Konstanten auch erhebliche Interessensunterschiede geben könne und gibt“.

<sup>21</sup> In: *Deutschlandmagazin*, Ausgabe 2/2001, S. 10 ff.

## Politische Spionage

Die Aufklärungs- und Beeinflussungs-Interessen der Akteure gehen hierbei dahin, Lageeinschätzungen politischer Entscheidungsinstanzen, Persönlichkeitsprofile von Angehörigen der Elite eines Landes, Verhandlungsstrategien der Regierungen, relevante Oppositionsströmungen und sonstige bedeutende politische Machtzentren eines Ziellandes strukturell zu erfassen, um daraus aktuelle Lagebilder erstellen zu können. Insbesondere bei internationalen Verhandlungen, in denen Interessendifferenzen auf dem Verhandlungsweg ausgeglichen werden müssen, sind Kenntnisse über die jeweils andere Seite wertvoll. Denn ist die Führungsspitze eines Landes durch ihre Nachrichtendienste über diplomatische Optionen einer anderen Regierung bzw. der „Gegenpartei“ schon vorab informiert, dann wird sie in der Regel daraus entsprechende Vorteile auf Kosten des anderen ziehen können. Nach Aussagen von *Schmidt-Eenboom* hatten z. B. die amerikanischen Nachrichtendienste (allen voran die *National Security Agency*) im Vorfeld des Irak-Krieges alle in den Vereinten Nationen (UNO) abstimmungsberechtigten wichtigen Nationen abgehört, ihren diplomatischen Verkehr entschlüsselt, um herauszubekommen, wie die gemeinsame Front gegen die amerikanischen Interventionsabsichten im Irak aussieht.<sup>22</sup>

## Wirtschafts- / Industrie-Spionage

Wie schon erwähnt, gewinnt seit dem Ende des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation, also seit 1989/90, dieser Spionagerichtung wachsende Bedeutung und liegt dann vor, „*wenn der staatliche Geheimdienst einem Unternehmen seines Landes gezielt bei der illegalen Beschaffung von Informationen behilflich ist.*“<sup>23</sup> Daß durch Wirtschaftsspionage einem Land erheblicher Schaden zugefügt werden kann, liegt auf der Hand. So verwies der Sicherheitsexperte *Kai Hirschmann (auch Schmidt-Eenboom)* auf ein konkretes Beispiel aus dem Jahre 1993. Damals wetteiferten der französische Konzern Alstom und der deutsche Siemens-Konzern darum, ihre Hochgeschwindigkeitszüge ICE und TGV an Südkorea zu verkaufen. Die Deutschen unterlagen, weil Alstom sozusagen in letzter Minute das deutsche Angebot unterbot. Später stellte sich dann heraus, daß der französische Geheimdienst DGSE den gesamten Fax-Verkehr von Siemens überwacht hatte und offenbar Alstom zuspitzte.<sup>24</sup>

Zwei weitere Fall-Beispiele für Wirtschafts-Spionage in der Bundesrepublik Deutschland:

- 1984 entwickelt Aloys Wobben in seiner Firma Enercon Windräder, die von den Amerikanern ausspioniert wurde, da er vergaß, sie patentieren zu lassen. Die Technik wurde an Hand von Kundeninformationen ausspioniert und die Firma Enercon von den Amerikanern auf Patentverletzung verklagt. Ziel: Wobben zu einem Meineid zu bringen, wobei sich die Prozesskosten auf über 2 Millionen US-

---

<sup>22</sup> Im Interview des Autors mit *Erich Schmidt-Eenboom* am 22. November 2004.

<sup>23</sup> Zitiert nach der Internet-Version von Prof. Dr. *Heinz-Michael Winkels*, FH-Dortmund: Wirtschaftsspionage – Wie deutsche Unternehmen von ausländischen Geheimdiensten ausgeplündert und ruiniert werden (auf der Basis des Buches von Udo Ulfkotte), Dortmund, Oktober 2004, S. 3. a. a. O. heißt es dort: „Nicht die Spione aus Ostblockstaaten sind in der Bundesrepublik die gefährlichen Täter, sondern westliche Wirtschaftsspione. Politisch ist die Abwehr der Spionage aus dieser Richtung jedoch mehr als heikel, da es sich bei den Tätern um wichtige Bündnispartner handelt. Nur die östlichen Spionageaktivitäten und die daraus resultierenden Schäden werden beziffert, der Rest zählt zur ‚Dunkelziffer‘“.

<sup>24</sup> Laut Interview mit *Dr. Kai Hirschmann*, Stellvertretender Direktor des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik, Essen, in Köln am 06.10.2004.

Dollar beliefen. Resultat war dann: bis zum 1. Februar 2010 dürfen keine Windräder mehr in die USA exportiert werden. Pikant: Wobben wurde weder vom Land (Niedersachsen, Ministerpräsident *Schröder*) noch vom Bund (Bundeskanzler *Kohl*) in der Angelegenheit geholfen.

- Deutsche Bank: Sie wurde vom britischen Auslandsgeheimdienst MI 6 jahrelang ausspioniert. Dabei wurden wichtige Daten und Entscheidungen über Zinssatzänderungen an britische Banken weitergeleitet.“<sup>25</sup>

Welche materiellen Schäden entstehen durch Wirtschaftsspionage gegen die Bundesrepublik Deutschland? Zu den wenigen offenen und seriösen Quellen, die sich dieser Thematik wissenschaftlich gestellt haben, gehört eine im Auftrag des Sicherheitsforums Baden-Württemberg<sup>26</sup> von der Universität Lüneburg durchgeführte Fall- und Schadensanalyse auf den Sektor Know-how-/Informationsverluste. Die am 13. Oktober 2004 vorgestellte Untersuchung kommt zu folgendem Ergebnis: **„Der Studie zufolge sind landesweit jährlich materielle und geistige Werte in Höhe von etwa sieben Milliarden Euro von Informationsverlusten bedroht. Mehr als zwei Drittel der beteiligten Unternehmen waren nach eigener Kenntnis bereits Opfer eines „unfreundlichen Informationsabflusses“. Es entstand ein Schaden von rund 52 Millionen Euro. Die auf dieser Basis hochgerechneten Schäden für Baden-Württemberg betragen ca. eine Milliarde Euro.“**<sup>27</sup>

## Militär-Spionage

Auch die modernen Kriegs- und Konfliktbilder haben sich mit der Blockauflösung in Europa und dem Ende des Warschauer Pakts<sup>28</sup> infolge der Wende von 1989/90 weiterentwickelt. Die für den Fall einer militärischen Konfrontation zwischen NATO und Warschauerpakt in Mitteleuropa prognostizierten symmetrischen Kriegsbilder, d.h. der Aufeinanderprall bewaffneter Streitkräfte auf Gefechtsfeldern incl. denkbarer Einsätze von ABC-Waffen mit einkalkulierten erheblichen Kollateralschäden gerade auch für die Zivilbevölkerung, sind einer nunmehr diagnostizierten a-symmetrischen Kriegsführung gewichen. Militärexperten

<sup>25</sup> Prof. Dr. Heinz-Michael Winkels in: Wirtschaftsspionage – Wie deutsche Unternehmen von ausländischen Geheimdiensten ausgeplündert und ruiniert werden“, Internet-Version, S. 10

<sup>26</sup> Das „Sicherheitsforum Baden Württemberg“. Es wurde 1999 mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden, Kammern und Behörden initiiert. Die Institution verfolgt das Ziel, die Sicherheitspartnerschaft im Bereich von Wirtschaft und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen in Baden-Württemberg zu berücksichtigen und weiterzuentwickeln. Vgl. dazu auch: Peter Hölzle, „Die Blauäugigen in der Schadensfalle – Milliarden Schäden durch Wirtschaftsspionage am Beispiel von Baden Württemberg, Sendung „Hintergrund Politik“ im Deutschlandfunk am 29. November 2004, 18.40 bis 19.00 Uhr.

<sup>27</sup> In: Verfassungsschutzbericht Baden Württemberg 2004, Stuttgart 2005, S. 250.

<sup>28</sup> Zur Zielrichtung der Militärspionage des Sowjetblocks zitiert Friedrich W. Schlomann aus einem Geheimpapier für die Leiter der militärischen Nachrichtendienste in: Die Maulwürfe – Noch sind sie unter uns, die Helfer der Stasi im Westen, München 1993, S. 24 „Rechtzeitige Beschaffung von Angaben über die wichtigsten politischen Entscheidungen und die strategischen Pläne der USA und der NATO gegenüber den Staaten des Warschauer Vertrages. Frühzeitige Warnung vor der unmittelbaren Vorbereitung der USA und der NATO gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, besonders vor der Vorbereitung auf die überraschende Entfesselung eines Kernwaffenkrieges. Systematische Beschaffung militärtechnischer Informationen über den Zustand und die Entwicklung von Waffensystemen in den USA und anderen NATO-Ländern, um auszuschließen, daß sie einen militärischen Überraschungsschlag erzielen.“ Und zu den Spionage-Aufträgen im letzten vollständigen Jahr der DDR, 1988, gibt Schlomann an - bekannt gewordenen – Operationen gegen die bundesdeutschen Streitkräfte folgende Zahlen an: „55,5 % bezogen sich auf Ausrüstung und Stärke; 24,1 % auf Mobilmachungspläne und Alarmwesen; 13 % auf Personen-Abklärung; 1,74 % auf Manöverbeobachtung und 5,66 % auf Vorschriften der Bundeswehr“, S. 170.



und Konfliktforscher sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer „Transformation des Krieges“.<sup>29</sup> Gleichgeblieben ist aber als Aufklärungsziel mittels umfassender Militärsplionage die Erfassung aller relevanten Daten von bewaffneten Sicherheitskräften eines Ziellandes. Zur Abwehr speziell dieser Spionage dient in der Bundesrepublik Deutschland der „Militärische Abwehrdienst“, kurz MAD.<sup>30</sup>

### **Infiltration deutscher Rechts-Parteien durch V-Leute des In- und Auslandes /**

Angriffstaktik: „Aus „Rechts“ mach’ „Rechtsextrem“ oder:

„Rechts von den Unionsparteien CDU/CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben!“ (*Franz-Josef Strauß*)

Die Infiltration der (vom Inlandsgeheimdienst) als „rechtsextrem“ bezeichneten Parteien oder sonstiger Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich seit Jahrzehnten durch die Gewinnung sogenannter V-Leute der Verfassungsschutzämter. In der Theorie sollen diese geheim agierenden V-Leute über das Innenleben der verdeckt beobachteten Organisation berichten, vor allem über „Extremistisches“.<sup>31</sup> Doch diese Theorie sieht in vielen nachweisbaren Fällen praktisch ganz anders aus:

---

<sup>29</sup> Vergleiche dazu: *Erich Vad*, „Transformation des Krieges: Neue Kampfformen – neue Kämpfertypen“, *Neue Zürcher Zeitung* vom 08. 01.2002;

<sup>30</sup> Wobei in der nachträglichen Beurteilung der Funktionsfähigkeit des MAD darauf hingewiesen werden muß, daß dessen stellvertretender Kommandeur, Oberst *Joachim Kruse*, (von 1980 bis 1984) seit 1969 gleichzeitig Mitarbeiter des „Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“ war, dem er sich selbst angeboten hatte. Seine Doppelagententätigkeit wurde allerdings erst nach seinem Ableben (1988) bekannt.

<sup>31</sup> „Extremistische Bestrebungen“ richten sich (nach § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes) gegen die „fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; was dazu zählt, ergibt sich aus dem Hauptteil des vorliegenden Werkes.

## INSZENIERTER NEONAZISMUS

V-Leute<sup>32</sup> schaff(t)en oftmals jene Tatbestände (vor allem im Bereich von sogenannten Propaganda-Delikten, die es nur für die rechte Extremismusvariante gibt, nicht aber für linksaußen), die dann als Beweismittel zur justiziellen Anklage bzw. zur ruf- und geschäftsschädigenden Ausgrenzung durch Aufnahme in die Verfassungsschutzberichte<sup>33</sup> dienen. Dies wurde im vom bayerischen CSU-Innenminister *Günther Beckstein* initiierten NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Anfang der Jahre 2000 ff. in vorher so nicht bekannter Weise offenkundig. Das zeitlich in die damals beginnende

---

<sup>32</sup> Der Begriff „Inszenierter Neonazismus“ soll nicht suggerieren, daß jeglicher Neonazismus inszeniert sei und es in Wirklichkeit überhaupt keinen gäbe. Gemeint ist vielmehr folgendes: tatsächlich gibt es zwar einen Bodensatz von Hardcore-Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser stellt jedoch keine staatspolitische Gefährdung im engeren Sinne dar, sondern hat eher eine symbolpolitische Negativ-Bedeutung, die - bedingt durch das gierige Aufgreifen der Massenmedien jeglicher Vorkommnisse in dieser Szene - dem deutschen Ansehen enormen Schaden zufügen kann, weil so der irrealer Eindruck vermittelt wird, daß es in Deutschland eine ernstzunehmende neo-nationalsozialistische Bedrohung gäbe. Zum eigentlichen Skandal wird „inszenierter Neonazismus“ vor allem dann, wenn V-Leute der Staatsschutzbehörden (!) zur „Inszenierung“ beitragen oder Massenmedien sich „Kostüm-Nazis“ anmieten. Auf einige Vorkommnisse, die vermutlich nur die Spitze eines Eisberges darstellen, sei hier hingewiesen:

- Der Fall „Reichert“: S. *Rolf Schlierer*, Bundesvorsitzender der Republikaner (REP) in: „Extremismus & Demokratie“, Hrsg. von *Uwe Backes / Eckhard Jesse*, 15. Jahrgang 2003, Baden-Baden 2003, S. 105: „Die diversen, im Zusammenhang mit dem NPD-Prozeß bekanntgewordenen ‚V-Mann-Skandale‘ werden noch übertroffen von dem Fall des Baden-Württembergischen Kriminalbeamten mit dem Decknamen ‚Axel Reichert‘. Der LKA-Beamte sollte als verdeckter Ermittler zwischen 1993 und 1995 die rechte Szene in Karlsruhe aufklären, hat sie tatsächlich jedoch erst aufgebaut und organisiert, um sie dann zu beobachten. Das auf Strafanzeige der Republikaner hin eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Karlsruhe wurde zwar in verdächtiger Eile niedergeschlagen, hat jedoch als gesicherte Erkenntnis ergeben, daß der verdeckte Ermittler ‚Axel Reichert‘ die sogenannte ‚Kameradschaft Karlsruhe‘ aufbaute und jugendliche Fußballfans anwarb und anpolitisierte. Dabei hat der auf die Verfassung vereidigte Beamte im Oktober und Dezember 1994 unter Verwendung eines Redemanuskripts, das unter Mitarbeit des LKA verfaßt und von der Behörde redigiert worden war und zahlreiche strafrechtlich relevante Aussagen enthält, Schüler und Jugendliche in nationalsozialistischer Weltanschauung regelrecht geschult und aufgehetzt.“ (vgl. auch *Focus*, Nr. 47/2000)

- Medien/Verfassungsschutz: S. *Franz Schönhuber*, Ex-Bundesvorsitzender der deutschen Republikaner, in: *NZ/Deutsche Wochenzeitung*, 22.02.2002; „Mir fiel immer das Zusammenwirken eines Teils der Medien mit dem Verfassungsschutz auf. Als ich einmal in Zwickau die Versammlungshalle bei einer REP-Veranstaltung betrat, hatte man genau vor der Kamera einen Mann postiert, der prompt bei meinem Einzug die Hand zum Hitler-Gruß erhob. Diese Szene wurde später in der Sendung als Beweis für die neonazistische Gesinnung meiner Anhänger gezeigt. Nicht gesagt wurde, daß dieser Mann nach seinem eigenen Eingeständnis von dem TV-Team Geld für seine Provokation erhalten hatte.“

- WDR/Kostüm-Nazis: S. *Armin Mohler* in: *Der Nasenring – Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung*, Essen 1989, S. 161 f.: „Ich war 1979 als Experte zu einer Diskussionsrunde über ‚Neonazismus‘ im WDR-Fernsehen eingeladen, unter Moderator *Ivo Frenzel*. Zu Beginn wurde ein Dokumentarfilm über ‚Neonazis in Berlin‘ vorgeführt. Da mir mit dem Film irgendetwas nicht zu stimmen schien, fragte ich versuchsweise den neben mir sitzenden Autor des Filmes: ‚Wieviel habt ihr denn diesen beiden Deppen für Nazi-Spielen gezahlt?‘ Da er mich, wegen der Sitzordnung, für einen ‚vom Haus‘ hielt, grinste er: ‚165 Mark....‘ Kaum war unsere Runde auf Live-Sendung geschaltet, nützte ich das, um dem Fernsehpublikum mitzuteilen, daß der Hersteller des vorausgegangenen ‚Dokumentarfilms‘ mir soeben gestanden habe, zwei Berliner Halbstarke 165 Mark für das Mimen von ‚Nazis‘ gezahlt zu haben. Der zur Salzsäure erstarrte Sünder war so erschrocken, daß er nicht die Geistesgegenwart hatte, zu leugnen – er stieß bloß mit hochrotem Kopf hervor: ‚Ja, aber 165 Mark für beide zusammen...‘ Herr *Frenzel* hat mich nie mehr zu einer seiner Sendungen eingeladen.“

- Verfassungsschutz/Propagandadelikte: S. dazu die Aussage z. B. des baden-württembergischen Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, *Dieter Berberich*, über „NPD-Funktionäre und Angst der verdeckten Ermittler“ in: *Rhein-Neckar-Zeitung*, vom 16./17.02.2002: „Auf einmal kommt heraus, daß sogar

Kampagne „Kampf gegen Rechts“ bzw. „Aufstand der Anständigen“<sup>34</sup> eingefügte Verfahren scheiterte - trotz massiver medialer Pro-Verbots-Unterstützung - vor dem höchsten deutschen Gericht kläglich. Der Grund für die abschlägige Entscheidung der Verfassungsrichter, die sich zur Frage der möglichen Verfassungswidrigkeit der umstrittenen Partei inhaltlich gar nicht äußerten: die völlig überzogene Durchseuchung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) mit Geheimdienst-V-Leuten der Verfassungsschutzämter ließ eine rechtsstaatlich einwandfreie Zuordnung von „Belastungsmaterial“ nicht mehr zu.<sup>35</sup>

## V-Leute auf Führungsebene

gewählte NPD-Funktionäre V-Leute waren. Da kommt doch schnell der Verdacht auf, daß der Verfassungsschutz diesen Leuten gesagt hat, wie sie zu agieren haben ... Ich kann Ihnen nur sagen, was ich selbst erfahren habe: Es gab NPD-Kundgebungen, da soll die Hälfte der Teilnehmer aus V-Leuten bestanden haben. Sie haben angeblich auch verfassungsfeindliche Symbole in Umlauf gebracht, um sie anschließend wieder einzusammeln und als Beweise zu verwenden“.

- Kostüm-Nazis/Medien/Presserat: S. *Michael Hanfeld*, „Verfälschte Wirklichkeit - Hitlergruß gegen Extrahonorar“ in: Rheinischer Merkur, 11. Dezember 1992: „Daß im Wettbewerb der Fernsehsender um dramatische Bilder offenbar fast jedes Mittel recht ist, bestätigte jetzt auch der Deutsche Presserat. In scharfer Form hat das Selbstkontrollorgan der Medien Geldzahlungen an Neonazis und Rechtsextreme für Krawallauftritte, Interviews und Selbstdarstellungen vor laufender Kamera verurteilt. Honorar für politische Gewalttäter stellten eine ‚Diskreditierung der Medien‘ dar und seien mit den ‚journalistischen Verhaltensgrundsätzen des Deutschen Presserates unvereinbar“

- Weitere Beispiele: Eine ausführliche Untersuchung zu den Hintergründen des gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens: s. *Bernd Kallina*, NPD-Verbotsverfahren, ‚Kampagnenmanagement gegen Rechts‘ - Symbolpolitik in der modernen Informationsgesellschaft, in: *Die Aula*, Graz (Österreich), Nr. 4/2003, S. 15 ff.: „Die Kugel ist für Dich!“ hieß beispielsweise ein im Frühjahr 2001 per CD in der Neonazi-Szene von Berlin und Brandenburg verbreiteter Haß-Song, der offen zum Mord aufrief. U. a. an *Michael Friedman* (damals Anm. d. Autors) Vizepräsident des Zentralrats der Juden, die Kinder von Ex-Tennisstar *Boris Becker* und Talkmaster *Alfred Biolek*. Als zentrale Figur des Mordaufrufs entpuppte sich nach entrüsteten Medienberichten ein gegen die ‚Nazi-Musikszene‘ angesetzter Toni St., der allerdings ein aus Steuergeldern bezahlter V-Mann des Verfassungsschutzes von Brandenburg war.

Oder: Ein den Holocaust plump leugnendes NPD-Plakat flog Anfang 2002 dadurch auf, in dem im Verlauf des Karlsruher Verbotsverfahrens bekannt wurde, daß just dieses Wahlplakat unter der presserechtlichen Verantwortung des jahrzehntelang im Solde des Verfassungsschutzes tätigen V-Mannes *Udo H.* in Umlauf gebracht wurde. Besonders pikant: der V-Mann war kein kleiner Mitschreiber oder nur konspirativ beobachtender Spitzel aus dem Innenleben einer Splitterpartei, sondern Spitzenfunktionär der NPD, dessen Hardcore-Neonazismus dann auch noch als Beleg für die Verfassungsfeindlichkeit ‚seiner‘ Partei im Verbotsverfahren dienen sollte.

Anderes Beispiel: *TAZ*-Interview mit dem ehemaligen V-Mann des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, *Michael Wobbe*, der Anfang der 90er Jahre in der zwischenzeitlich verbotenen ‚Nationalistischen Front‘ (NF) in besonderer Weise aktiv war. Wenn in seiner Szene nichts los war, wurde er vom Verfassungsschutz angeblich angefeuert: ‚Los, aktivier die Leute, leier mal was an!‘ ...Heute sitzen die Jungs alle im Knast, die hätten wahrscheinlich nie etwas gemacht ohne mich. Ich habe gegründet, damit das Amt zuschlagen kann.“

<sup>33</sup> Vergleiche dazu auch das Stichwort „Verfassungsschutzbericht“ in: „Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert“, herausgegeben von *Helmut Roewer / Stefan Schäfer / Matthias Uhl*, München 2003, Seite 483: „Jährliche öffentliche Berichterstattung über die Verfassungsfeinde der Bundesrepublik Deutschland... Unmittelbare Rechtswirkung, so sagt man, geht also von der Erwähnung einer Person oder Organisation nicht aus. Dies ist insofern nicht ganz zutreffend, da die Verfassungsschutzberichte in ihrer praktischen Handhabung durchaus nicht nur unverbindliches Lesematerial sind, sondern sie erfüllen zugleich eine Art Handbuch-Charakter, welche Organisationen als verfassungsfeindlich eingeschätzt werden, d.h., daß sie sich in ihrem politischen Agieren außerhalb des demokratisch zu Tolerierenden bewegen. Dies beinhaltet zunächst einmal ein deutliches Unwerturteil.“

<sup>34</sup> Zur Charakterisierung der Kampagne „Kampf gegen Rechts“ vergleiche eine wohlthuende Analyse aus der neutralen Schweiz: Deutschland und die Last seiner Mythen – „Der Kampf gegen Rechts“ und der Nationalbegriff, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8./9.12.2000; zur innenpolitischen Instrumentalisierung des

Die für die Entsendung von V-Leuten verantwortlichen Innenminister des Bundes und der Länder gaben immerhin eine **V-Leute-Dichte von 15 Prozent in der Partei auf Führungsebene zu** (Kenner der Szene vermuten, daß sie in Wirklichkeit noch höher sein könnte). In den monatelangen Diskussionen vor der Anfang 2003 ergangenen BVerfG-Entscheidung flogen dann reihenweise V-Leute auf und es stellte sich in vielen Fällen heraus, daß die Beweismittel für verfassungswidrigen Rechtsextremismus der NPD ausgerechnet von den staatlich finanzierten sowie ministeriell gesteuerten V-Leuten und nicht von den echten Parteimitgliedern stammten. Nicht ohne Grund fragten sich kritische Staatsbürger daraufhin, ob ein - zumindest teilweise - aus Steuermitteln finanzierter „*inszenierter Neonazismus*“ mit den Aufgaben einer demokratischen Sicherheitsbehörde überhaupt vereinbar sei. Diese und ähnliche Fragen zu vielen Merkwürdigkeiten um tatsächliche bzw. vermeintlich „rechtsextreme Vorgänge“ in der Bundesrepublik Deutschland sind nach wie vor substantiell unbeantwortet und harren einer fundierten Aufklärung.

**Ausländische Einflüsse und Interessen:** Was darüber hinaus fast völlig in der öffentlichen Diskussion über die Rolle von V-Leuten diverser Geheimdienste fehlt(e), war/ist eine tief schürfende Erörterung der Frage nach möglichen Infiltrationen deutscher Rechtsaußen-Parteien und entsprechender politischen Gruppierungen durch ausländische Geheimdienste, vornehmlich jener der westlichen Siegermächte,<sup>36</sup> sowie denkbare Einflüsse von Nachrichtendiensten aus dem Nahost-Staatenbereich. Zu einem der wenigen, der auch diese

---

„Kampfs gegen Rechts“ vergleiche auch: *Klaus Hornung*, „Antifaschistische Offensive – Der ‚Kampf gegen Rechts‘: Machtstrategie in der Moralgesellschaft“, in: *Klaus J. Groth / Joachim Schäfer*, Stigmatisiert – Der Terror der Gutmenschen, Unna 2003, S. 237ff.

<sup>35</sup> Zur Problematik der Rolle von V-Leuten der deutschen Verfassungsschutzämter vgl. auch: *Claus Nordbruch*, Der Verfassungsschutz, Tübingen 1999, Kapitel Über Spitzel, S. 111 ff.

Desweiteren zur Rolle von V-Leuten bei der Infiltration bundesdeutscher (Rechts-)Parteien vergleiche auch: *Rolf Gössner*, Geheime Informanten – V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates, München 2003, vor allem S. 181 ff.

<sup>36</sup> Die Einflußnahme auf die rechte Szene in der alten Bundesrepublik Deutschland sowie durch Antifa-Kampagnen seitens kommunistischer Geheimdienste zu Zeiten des Kalten Krieges sind - vergleichsweise - gut dokumentiert; dazu etwa *Günther Deschner*, Die seltsamen Kameraden unter dem Hakenkreuz - Fanatiker, Wirkköpfe und Agenten, in: *Die Welt* vom 10./21./22.04.1978; *Günther Deschner*, Die Rolle des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland für die West- und Bündnisstrategie der Kommunisten, Reden zur Zeit Nr. 28, Würzburg 1979; *Ludolf Herrmann*, Der braune Popanz und die rote Gefahr, in: *Deutsche Zeitung* vom 28.04.1978; *Carl-Dietrich Spranger*, Spiel mit dem NS-Gespent - Bei den rechtsradikalen Umtrieben mischen die Kommunisten kräftig mit, in: *Rheinischer Merkur* vom 28.04.1978; *Ladislav Bittmann*, Geheimwaffe D, Bern 1973; *John Barron*, KGB, München 1974; *Günter Bohnsack / Herbert Brehmer*, Auftrag Irreführung - Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992; besonders tiefschürfend auch: *Peter Graf*, „Neonazismus aus Staatsräson oder ‚Die Gefahr von ‚rechts‘ für rechts“, in: *Criticón*, Nr. 113, Mai/Juni 1989: „Die Liste der Namen derer ist lang, die im östlichen Auftrag ‚Rechte‘ wurden:

\* ob der Gründer der „Arbeitsgemeinschaft Demokratische Neuordnung“, der selbsternannte SS-Sturmbannführer, *Erdfried (Fred) Sallach* (früher KPD-Kreissekretär und wegen Ostspionage im NATO-Hauptquartier verurteilt);

\* ob der Führer des „Kampfverbandes Deutscher Soldaten“, der Neonazi *Erwin Schönborn* (früher Mitarbeiter des Ostberliner Verlages „Kultur und Fortschritt“, einer Agentenumschlagzentrale des MfS);

\* ob dessen „rechte Hand“, „Oberst a. D.“ *Ferdi Hake* (früher Kreisvorsitzender der KPD in Soest); ob *Herbert Bormann*, Gründer der Essener „Kampfgemeinschaft Demokratischer Nationalsozialisten“ (im Besitz eines echten amtlichen Ausweises eines „Opfers des Faschismus“: er und sein Vater wurden im 3. Reich als Kommunisten verfolgt);

\* ob *Edgar Geiss*, der am Grabe *Herbert Kapplers* als einziger den Hitler-Gruß entbot - ein Photo, das um die Welt ging (abgeschoben als ‚Krimineller‘ aus der DDR);

\* ob *Wolfgang Rahl*, dem Motor der ‚längst aufgelösten‘ Berliner „NSDAP“ (aufgrund von Ermittlungsverfahren zum DDR-Geheimdienst in die DDR abgetaucht und später von dort abgeschoben, um sogleich in Wuppertal-Barmen Neonazi zu werden);

Zusammenhänge in letzter Zeit gebührend hervorgehoben hat, zählt der Ex-Bundesminister für Forschung und Technologie *Andreas von Bülow* (SPD). In seinem Buch: *Im Namen des Staates - CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste*<sup>37</sup> weist er auf eine wahre Fülle der fraglichen Zusammenhänge mit klarsichtiger Deutlichkeit hin.

Daß der US-Auslandsgeheimdienst (CIA) keineswegs vor dem Versuch zurückschreckte, z. B. einen hohen UNO-Beamten für seine Zwecke zur Infiltration der rechten Szene der Bundesrepublik Deutschland anzuwerben, wird hier erstmals einem breiteren Publikum dargestellt. Der Autor des Beitrags bedankt sich beim Interviewpartner, dem Ex-UNO-Beamten Professor Dr. Dr. *Alfred M. de Zayas*, für seine Bereitschaft, über die Zusammenhänge jener Jahre erstmals die deutsche Öffentlichkeit zu informieren. Die leicht redigierte Textfassung eines Interviews mit dem Autor datiert vom Januar 2006.

### **CIA-Auftrag an hohen UNO-Beamten: „Infiltrieren Sie die deutschen Republikaner!“**

*Herr Professor de Zayas, trifft es zu, dass Sie vom Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) als Agent in die rechte Partei- und Verbandsszene der Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden sollten?*

**In der Tat gab es in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zwei Anwerbungsversuche in diese Richtung.** Ich sollte die sich damals im Aufwind befindliche Partei der deutschen „Republikaner“ unter *Franz Schönhuber* im Auftrag der CIA infiltrieren und über die deutschen Vertriebenenverbände berichten.

*In welcher beruflichen Position befanden Sie sich damals und wie kam es zu diesen Anwerbungsaktionen?*

Ich war damals UNO-Beamter, wo ich 1981 als Jurist am Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf meine Tätigkeit begann, die mich später ins Büro des Hochkommissars für Menschenrechte führte. Ich arbeitete dort zunächst als Jurist bei der Menschenrechtskommission, später dann in der Beschwerdeabteilung. Es war zu dieser Zeit, daß die Anwerbeversuche gestartet wurden. Später wurde ich Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und schließlich Abteilungschef im Büro des UN-Hochkommissars

---

\* ob *Arnulf Priem*, einem der aktivsten Mitarbeiter der Berliner „NSDAP“ mit guten Kontakten zu NPD und DVU (der unmittelbar vor den ihm zur Last gelegten Hakenkreuzschmierereien aus der DDR ‚abgeschoben‘ wurde);

\* ob *Michael Borchardt*, Chef der „Faschistischen Front“ und Herausgeber deren „Reichsorgan“ „Der Aufmarsch“ (früher als besonders aktives Mitglied der linksradikalen Ostermarsch-Bewegung aufgefallen);

\* ob *Wilhelm Wübbels*, Macher des „Reichsorgans der NSDAP - Wille und Weg“ (dessen tagelangen Berlinreisen selbst seinen „Volksgenossen“ spanisch vorkamen);

\* ob der stellvertretende Vorsitzende des NHB, des Studentenverbandes der NPD, Egon Fischer (der sich unmittelbar nach der Enttarnung durch den Verfassungsschutz als DDR-Agent und rechtzeitig vor seiner Verhaftung nach Ostberlin absetzen konnte; usw. usf. - sie alle und viele andere sorgen dafür, gemäß ihrem Auftrag die Rechte in der Bundesrepublik zu diskreditieren und eine parlamentarische Etablierung zu verunmöglichen.“

<sup>37</sup> S. *Andreas von Bülow*, *Im Namen des Staates: CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste*; 5. Auflage März 2002, Piper-Verlag München. U a. Kapitel: „Ku-Klux-Klan-Führer trainiert deutsche Skinheads“, S. 471 ff.. Ähnlich äußerte sich *Erich Schmidt-Eenboom*: insbesondere nach der deutschen Wiedervereinigung habe es deutliche Hinweise aus dem Bereich des Verfassungsschutzes gegeben, dass es im Bereich der rechten und antisemitischen Szene einen ‚draufgesattelten‘, nachrichtendienstlichen Interventionismus gegeben habe. *Schmidt-Eenboom*: „...wo nicht besonders gewaltförmige, aber besonders symbolträchtige Anschläge wie Hakenkreuz- Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen auf das Konto der amerikanischen Nachrichtendienste verbucht wurden.“

für Menschenrechte. Dabei wirkte ich an der Jurisprudenz des Menschenrechtsausschusses mit, am UN-Ausschuß gegen die Folter und des Ausschusses gegen Rassendiskriminierung. Nach 22 Jahren UNO-Dienst bin ich dann 2003 frühzeitig in den Ruhestand getreten.

Dienstlich hatte ich in jenen Jahren häufig mit den Missionen vieler europäischer und außereuropäischer Staaten in Genf zu tun. Mit einem Beamten einer US-Regierungsinstitution war ich auch privat befreundet. Er und ich, wir hatten viele gemeinsame - über das berufliche hinausgehende - Interessen, z.B. an Musik und Literatur. Eines Tages im Jahre 1987 lenkte er das Gespräch auf meine Publikationen, die sich u. a. dadurch auszeichnen, daß sie sich nicht mit den unbestreitbaren und weltweit bekannten „Verbrechen von Deutschen im 3. Reich“ befassen, sondern auch die weniger beleuchteten und erforschten „Verbrechen an Deutschen“ im 20. Jahrhundert thematisierten, z. B. meine Bücher über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen oder über die Wehrmachts-Untersuchungsstelle (wichtige Bücher von Professor *Alfred M. de Zayas* s. nachfolgende Tabelle). Diese Veröffentlichungen führten in Deutschland nicht nur zu hohen Auflagenzahlen, sondern auch zu Anerkennung und Kontakten gerade in jene konservativen Kreise hinein, die mir in gewisser Weise dankbar waren, diese kaum bekannten Teile der Zeitgeschichte hervorgehoben zu haben. Genau an diesem konservativen bzw. rechten deutschen Milieu, seinen Strukturen und Akteuren war mein amerikanischer Gesprächspartner brennend interessiert. Und da war er natürlich bei mir in gewisser Weise an der richtigen Adresse; denn selbstverständlich hatte ich all diese Kontakte. Sie ergaben sich zwangsläufig aufgrund meiner Recherchen für meine Bücher. Auch hielt ich immer wieder Vorträge in Deutschland, z. B. vor den im Bund der Vertriebenen (BdV) organisierten ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Zunächst war mir allerdings nicht ganz klar, worauf mein Gegenüber eigentlich hinauswollte, bis er dann nach häufigen privaten Treffen, die sich über Monate hinzogen, die Katze aus dem Sack ließ. Ich sollte für die CIA vertrauliche Informationen liefern. Er hat mir dann ganz konkret vorgeschlagen, daß ich die Republikaner infiltrieren sollte. Und zwar im Auftrag für die CIA zu arbeiten, wobei mir die entsprechenden Planungen benannt wurden - nicht zuletzt bot man mir dafür auch Geld an.

*Um welche Beträge ging es dabei?*

Ich möchte sie nicht im Detail benennen, allerdings waren es interessante Summen. Es ging übrigens nicht nur um eine einmalige Finanzaufwendung, nein, ich sollte vielmehr als regelmäßiger Empfänger auf der *pay-roll* der CIA stehen. Und ich sollte viele Informationen über Deutschland liefern, über alles berichten, was in Deutschland passierte, Schwerpunkt Vertriebene, Konservative, rechte Parteien.

*Wie haben Sie auf dieses Angebot reagiert?*

Höflich ablehnend. Ich wollte es mir aber mit der US-Institution nicht durch die Brückierung eines ihrer Angehörigen bzw. CIA-Beamten verderben. Ich habe mich vorsichtig aus der Affäre gezogen und erklärt, daß mir diese Art von Tätigkeit nicht liege, daß ich dafür unbegabt sei. Gerne würde ich jedoch die deutsche Politik kommentieren und auch die Struktur der Vertriebenenverbände wissenschaftlich beleuchten, schließlich hielt ich die Deutschen für gute Freunde Amerikas und ich wußte, daß bei uns in den USA ein großes Informationsdefizit über Deutschland herrschte. Ich hätte als *Consultant* einiges zur Korrektur falscher Deutschlandbilder beitragen können. Aber, Spion zu werden - das konnte und wollte ich nicht. Ich kann nicht Vertrauensverhältnisse mit Menschen pflegen, sozusagen mit den Leuten ein paar Biere trinken gehen, mich mit ihnen über allgemeine und sensible Themen der Politik unterhalten und dann einen Bericht für die CIA darüber schreiben. Andererseits bin

ich natürlich ein loyaler Staatsbürger. Alles, was ich der US-Regierung offen berichten kann - und was keinen Vertrauensbruch darstellt - kann sie von mir haben, das mache ich gerne, betonte ich ausdrücklich. Ja, ich lege sogar großen Wert darauf, daß meine Regierung gute, verlässliche Informationen darüber bekommt, was sich in Deutschland abspielt. Aber eben nicht im Sinne von Spionage. Und auf was der CIA-Werber hinaus wollte, war ganz eindeutig: Spionage!

Als für ihn erkennbar wurde, daß ich das Spiel nicht mitmachen wollte, kam es zu einem gewissen Erpreßungsversuch, um mich zur Mitarbeit zu bewegen. Man hat mich daran erinnert, daß es eine - gewissermaßen - „böse Akte“ über mich bei der CIA gäbe. Im Falle einer Kooperation könne man mir selbstverständlich entgegenkommen und dafür Sorge tragen, daß diese Akte verschwinde.

*Haben Sie denn diese „böse Akte“, wie Sie Ihnen gegenüber genannt wurde, je gesehen und welche „Vergehen“ hätte man Ihnen denn vorhalten können?*

Alles lief nur über Andeutungen. Gesehen habe ich die Akte nie. Ich habe auch keine Ahnung, ob eine derartige Akte tatsächlich existiert (hat). Aber als politischer Mensch könnte ich die Substanz meiner vermeintlichen Vergehen so auf einen Nenner bringen: *de Zayas* hat sich politisch unkorrekt verhalten, weil er durch seine Forschungs- und Publikationstätigkeit wiederholt ein machtpolitisch bedingtes, geschichts-politisches Tabu durchbrochen hat, nämlich: die Deutschen und ihre Rolle in den Weltkriegern des 20. Jahrhundert nur unter der Perspektive des „Tätervolkes“ zu beleuchten. Wie schon vorhin erläutert, habe ich aber die Deutschen auch in ihrer Opferrolle wahrheitsgemäß dargestellt und die wissenschaftlich dafür erforderlichen Fakten geliefert. Auch lehne ich alle Kollektivschuld-Zuweisungen, semantisch so verräterisch durch den Begriff „Tätervolk“ belegt, kategorisch ab. Nichts ist individueller als Schuld, man muß gar kein Jurist sein, wie ich, um dies erkennen zu können. Und weiter: als Historiker muß ich mir über geschichtliche Ereignisse das ganze Bild machen. Propagandistisch nur die Verbrechen einer Konfliktpartei bei Kriegsgeschehnissen jahrzehntelang in die Welt hinauszutrompeten, mag zwar politisch korrekt von diversen daran interessierten Machthabern wohlwollend empfunden werden. Aber: es widerspricht sowohl der intellektuellen Redlichkeit als auch dem Ethos des Wissenschaftlers, Geschichte nur selektiv zu erforschen.

*Nun gab es ja zwei Jahre nach dem ersten Anwerbungsversuch, der ja eindeutig gescheitert war, noch einen zweiten Anlauf Sie für die CIA zu gewinnen. Weshalb ?*

Anscheinend hatten sie keinen besseren gefunden. Hinzu kam, daß die Partei der Republikaner durch spektakuläre Wahlerfolge zur damaligen Zeit für weltweite Schlagzeilen sorgte. Offenbar verstärkte dies den Wunsch der CIA, mich als Spion bei den Republikanern zu plazieren. Um dem Ansinnen noch mehr Nachdruck zu verleihen, wurde sogar der laufend in Aussicht gestellte Geldbetrag etwas erhöht. Anwerbende Person war übrigens im zweiten Anlauf eine Frau.

*Hatte es Konsequenzen, daß Sie sich der CIA zweimal verweigerten?*

Nicht sofort. Jedenfalls habe ich nichts bemerkt. Später erfuhr ich allerdings, dass in den Jahren 1994 und 1995 ein Mitarbeiter der UN-Mission versuchte, bei UN-Experten mit denen ich eng zusammenarbeitete, „Informationen“ über meine Arbeitsweise zu bekommen. Ein Experte sagte mir ausdrücklich „Pass auf, Alfred, diese Menschen mögen Dich nicht!“

*Wie erklären Sie sich das besondere Interesse der CIA an der - im weitesten Sinne – „rechten Szene“ in Deutschland?*

Das hängt im wesentlichen mit der deutschen Nachkriegs-Geschichte und seinen Folgewirkungen zusammen. Ich habe jahrzehntlang Kontakte gehabt mit US-Diplomaten, darunter auch Geheimdienstmitarbeitern, die für Deutschland zuständig waren. Mein Urteil über deren Realitätssinn ist nicht ermutigend. Viele unserer Analysten interpretierten die Lage in Deutschland falsch bzw. verzerrt. Sie haben häufig keine klaren Vorstellungen von diesem neuen, demokratischen Deutschland und es gibt viele, die immer noch denken, daß alle Deutschen potentielle Nationalsozialisten sind.

Die These, die z. B. *Daniel Goldhagen* in den 90er Jahren mit seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ lancierte, also, daß die Deutschen sozusagen bereits per Erbgut mit Antisemitismus verseucht seien, diese abstrusen - ja genau genommen rassistischen - Vorstellungen, sie sind in Amerika weit verbreitet, leider auch bei Menschen, die Entscheidungen über Deutschland zu treffen haben. Der Verdacht, daß den Deutschen letzten Endes nicht zu trauen ist, sitzt gerade in maßgeblichen Teilen der US-Administration verhältnismäßig tief. Ich mußte es immer wieder erleben. Und diese Erfahrung einer kontinuierlichen Wahrnehmungsverzerrung der deutschen Lage führte bei den US-Akteuren dazu, daß ihre Prämissen dann meist ebenso verbogen waren, wie die daraus abgeleiteten Prognosen. Dies gilt übrigens nicht nur für Deutschland-Analysen! Denken Sie nur an die katastrophalen Fehleinschätzungen in punkto Irak. Die Prämissen und Prognosen gingen tatsächlich davon aus, daß das irakische Volk die amerikanischen Befreier willkommen heißen und sie mit Blumen empfangen würde.

*Zurück zu Deutschland. Die rechte und die Rechts-Außen-Szene in der Bundesrepublik wird also in Washington als Gefahr oder zumindest als Bedrohung der US-Interessen bewertet?*

Eindeutig! In US-Regierungskreisen - in spreche nicht von der allgemeinen amerikanischen Bevölkerung, die sich für Deutschland kaum interessiert - herrscht immer noch eine gewisse Sorge vor, daß es in Deutschland zu einer unerwünschten Entwicklung kommen könnte. Man blickt dort, etwas zugespitzt ausgedrückt, erschauernd und gleichzeitig fasziniert auf die am Boden liegende Hakenkreuz-Schlange, deren Kopf zwar 1945 abgehackt wurde, deren „Volks-Körper“ sich aber aus Sicht vieler US-Akteure immer wieder in unerwünschte Richtungen bewegt und man befürchtet schon bei der leisesten Zuckung, daß ein Kopf nachwachsen könnte. Deswegen ist man offenbar bestrebt alles, was sich rechts von der Mitte in Deutschland befindet, auch geheimdienstlich zur erfassen. Als Motiv wirkt dafür die weit übertriebene Furcht, daß es in Deutschland zu einem völkischen Umschwung kommen könnte und das Land dann rechtslastig, revanchistisch oder gar neo-nazistisch werden könnte - wie die Schreckvokabeln auch immer heißen mögen.

Und weil auch in diesen - aus US-Sicht - „politisch unkorrekten“ deutschen Kreisen meine Bücher wohlwollend gelesen werden, kam man auf die absonderliche Idee, mich als getarnten CIA-Agenten in diese Szene zu schicken. Offenbar in der Erwartung, daß ich dann mit den jeweils jüngsten - streng geheimen - Stammtisch-Plaudereien im Rechtsaußen-Milieu, die CIA-Zentrale bei ihrem unstillbaren Hunger nach Nazi-Gespensster „erfreuen“ könnte. Oder man mich gar als „Agent provocateur“ einzusetzen beabsichtigte, der dann hätte dazu beitragen sollen, eine fiktive Gefahr, die im demokratischen Deutschland so gar nicht besteht, künstlich aufzublasen.



*Nun gibt es ja kritische Beobachter, insbesondere der NS-Hardcore-Szene, die von der Annahme ausgehen, das zumindest ein Teil der in Deutschland und international agierenden „Rechtsextremisten“ geheimdienstlich gesteuerte Figuren<sup>38</sup> sein könnten, wie eine Fülle von bekannt gewordenen Beispielen belegen. Teilen Sie diese Einschätzung und falls ja, weshalb?*

Ich teile sie durchaus, denn auch ich habe den in ihrer Frage geschilderten Eindruck mancher Eigentümlichkeiten. Auffallend war z. B. ein immer wieder zu beobachtendes Phänomen, daß völlig rechtsstaatliche Gedankengänge und politische Positionen, die einer patriotischen Interessenvertretung für Deutschland entsprachen, etwa geschichtspolitische Optionen, oftmals sofort von zwielichtigen Akteuren unter „Naziverdacht“ gestellt wurden.<sup>39</sup> Aber, um präzise zu sein: mir fehlen die ganz konkreten, quellenmäßig abgesicherten Beweise, um zu sagen, so war, so ist es, so könnte es wirklich sein. Dennoch, den Eindruck hatte ich und ich habe ihn weiterhin!

Mögliche Interessenlagen für derartige Operationen sind nun wirklich zuhauf vorhanden und unschwer auszumachen. Wenn die Bundesrepublik eine Politik einschlägt, die Washington nicht paßt, dann kann postwendend mit der „Auschwitz-Keule“ zugeschlagen werden. Sofort könnte dann instrumentalisiert gesagt werden, ihr Deutschen habt 6 Millionen Juden umgebracht, ihr seid nach wie vor Nazis usw. usf. Es besteht angesichts der politisch-psychologischen Lage in Deutschland gewissermaßen ein strategisches Dauer-Interesse die „Gefahr von Rechts“ warm zu halten. Vor allem, wenn man einkalkuliert, wie panikartig deutsche Eliten auf Vorwürfe reagieren, die mit den Stichwörtern ausländerfeindlich und/oder antisemitisch zusammenhängen!<sup>40</sup> Ich erinnere nur z. B. an den Fall „Sebnitz“ und seine an Hysterie grenzenden Begleiterscheinungen.<sup>41</sup> Es ist also nicht auszuschließen, sondern eher

<sup>38</sup>

<sup>39</sup> Vgl. dazu die analytische Aussage der in Berlin lebenden russisch-jüdischen Publizistin *Sonja Margolina*, die den hier zur Diskussion stehenden politisch-psychologischen Fragenkomplex - bezogen auf die Befindlichkeiten der zeitgenössischen deutschen Eliten - in: *Merkur*, August 1999, so beschrieb: „Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täter-Reflex. Während die anderen europäischen Staaten die EU als Instrument für die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen Interessen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert: Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die ‚deutschen Interessen‘ in ihre Schranken zu verweisen. Das läuft dann nach dem Motto: *Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ex negativo als Tätergemeinschaft versteht und sich der Zugehörigkeit zu ihr schämt.*“ *Margolina's* Betrachtungen über die Psyche der Deutschen erinnern an eine pessimistische stimmende Aussage *Bismarcks* aus dem Jahre 1863, zitiert nach *Hans-Georg von Studnitz*, *Bismarck in Bonn – Bemerkungen zur Außenpolitik*, Stuttgart 1965, S. 192: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden könne, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt.“

<sup>40</sup> Vgl. dazu die (weitgehend vergebliche) Mahnung zur semantischen Präzision des Anfang 2006 verstorbenen, früheren deutschen Bundespräsidenten *Johannes Rau*, die dieser im Zusammenhang mit extremistischen Erscheinungsformen in Deutschland auf der 2. OSZE-Konferenz im April 2004 so formulierte: „Niemand dürfe vor Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus die Augen verschließen,“ hob Rau eindringlich hervor. „Doch diese Begriffe sollten aber nur dann benutzt werden, wie z. B. ‚Antisemitismus‘, wenn sie tatsächlich zutreffen.“

<sup>41</sup> Die Sebnitz-Affäre aus dem Jahre 2000: wochenlang geisterte die Behauptung durch die deutsche Medienlandschaft, daß der „kleine Joseph“ aus dem mitteldeutschen Ort Sebnitz von einer Horde Neo-Nazis im Schwimmbad angeblich ertränkt wurde. Die Mutter von Joseph, dem vermeintlich von bösen Nazis Ertränkten, wurde sogar vom deutschen Bundeskanzler empfangen. Doch kurze Zeit später stellte sich dann heraus, daß alle „gegen Rechts“ erhobenen Vorwürfe haltlos waren. Der kleine Joseph starb ohne Fremdeinwirkung. Die Mutter mußte sich vielmehr vorhalten lassen, ihre Aufsichtspflicht gegenüber ihrem Kind verletzt zu haben. Einige Kostproben der damaligen Schlagzeilen-Organie: „Neonazis ertränken Kind. Am helllichten Tag im Schwimmbad. Keiner half. Und eine ganze Stadt hat es totgeschwiegen. Kleiner Joseph – gegen 50 Neonazis hatte er keine

naheliegender, daß man nicht nur Aufklärung und Beobachtung nach rechtsaußen betreibt, sondern auch als potentielle Erpressungsoption gegen Deutschland die NS-Hardcore-Szene geheimdienstlich am Leben erhält. Falls nötig, könnte man durch die Aktivierung der so infiltrierten Szene nationale Politikansätze der Deutschen sofort symbolpolitisch erschweren und ihre rechtsstaatlich-legitime Umsetzung vorbeugend stören und/oder behindern.

#### **Werdegang von Alfred de Zayas:**

De Zayas ist in Chicago/USA aufgewachsen. Nach dem Studium der Geschichte und Rechtswissenschaft in Harvard promovierte Alfred-Maurice de Zayas 1970 an der Harvard Law School. Von 1970 bis 1973 arbeitete er als Anwalt in der New Yorker Anwaltskanzlei des ehemaligen US-Außenministers Cyrus Vance, Simpson, Thacher und Bartlett. 1974 ging er als Fulbright-Stipendiat nach Tübingen. Dort wurde er Mitglied im Corps Rhenania Tübingen. Er arbeitete bis 1979 als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Völkerrecht der Georg-August-Universität Göttingen, wo er u. a. eine Arbeitsgruppe für Kriegsvölkerrecht leitete. Dort immatrikulierte er sich gleichzeitig in der Philosophischen Fakultät, studierte (Mittelalter)liche Geschichte und Neuere Geschichte in Göttingen. Er promovierte 1977 zum Dr. phil.

Ab 1980 arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, im Stab der „Encyclopedia of Public International Law“.

1981 begann er mit der Tätigkeit als Jurist am Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf, später im Büro des Hochkommissars für Menschenrechte. Dieses Amt behielt er bis 2003. Er diente u. a. als Sekretär des Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerde-Abteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und wirkte an der Jurisprudenz des Menschenrechtsausschusses, UN-Ausschusses gegen die Folter und des Ausschusses gegen Rassendiskriminierung. Im Jahr 2003 nahm er den frühzeitigen Abschied von den Vereinten Nationen.

Seit 1989 ist Alfred de Zayas Mitglied im P.E.N.-Club International, seit 1991 Präsident des UN-Schriftstellervereins in Genf und Herausgeber der UN-Zeitschrift „Ex Tempore“. 2002 übernahm er das Amt des Generalsekretärs des P.E.N.-Clubs der französisch sprechenden Schweiz.

Seit 2003 arbeitet er als Gastprofessor an den Universitäten British Columbia (Vancouver), Genf (Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales), Geneva School of Diplomacy, Leysin (Schiller International University/American College Switzerland), Universidad de Alcalá de Henares (Madrid), Académie Internationale du droit constitutionnel, und als Berater für Menschenrechtsfragen.

#### **Veröffentlichungen von Alfred de Zayas (Auswahl):**

Chance“. *Bild-Zeitung* vom 23.11.2000; oder: „Der kleine ertränkte Joseph – seine Mutter appelliert: Bitte, bitte! Schaut nicht weg! Endlich! Die ersten 3 Neonazis verhaftet“ s. *Bild-Zeitung* vom 24.11.2000; doch *Bild* stand nicht alleine: „Grausige Gewißheit: Joseph wurde ermordet“ in: *Berliner Morgenpost*; „Ein Kind, ertränkt wie eine Katze – Wie es geschehen kann, daß Menschen nicht merken wollen, was in ihrer Stadt geschah“, s. *Süddeutsche Zeitung*; „Badeunfall erweist sich als rassistischer Mord“, s. *TAZ* usw.

- Die Nemesis von Potsdam. Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, 2005, Herbig-Verlag, München;
- Die Wehrmachts-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts, 7. erweiterte Ausgabe, 2001;
- Die deutschen Vertriebenen. Keine Täter - sondern Opfer, Leopold Stocker Verlag (Ares), Graz 2006;
- Heimatrecht ist Menschenrecht, Universitas-Verlag, München 2001;
- Das Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen/Amt des Hochkommissars für Menschenrechte, in: H. Volger (ed.), Lexikon der Vereinten Nationen, Oldenbourg Verlag, München 2000, pp. 337-343;
- The United Nations High Commissioner for Human Rights, in: The European Convention, Prague, 1997, 48-54;
- A Terrible Revenge: The Ethnic Cleansing of the East European Germans, 1944 - 1950, St. Martin's Press, 1994, 179 pages, ISBN 0312121598. Neue überarbeitete Ausgabe, Palgrave/Macmillan, New York, January 2006;
- Mitherausgeber und Mitautor von G. Alfredsson et al „International Human Rights Monitoring Mechanisms“ Kluwer, Amsterdam 2001, zweite Auflage 2006;
- Mitherausgeber und Mitautor von Franz Seidler und A. de Zayas „Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert“, Mittler & Sohn, Hamburg 2002;
- Mitautor von Steven Vard/Hunt Tooley (Hrsg.), „Ethnic Cleansing in 20th Century Europe“, Columbia University Press, New York, 2003;
- Mitherausgeber und Mitautor von Cherif Bassiouni „Human Rights in the Administration of Criminal Justice“, New York, 1994;
- Vertreibung und Völkerrecht in: Flucht - Vertreibung - Integration - Heimat, Begleitbuch (unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler) zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 3. Dezember 2005 bis 17. April 2006, im Deutschen Historischen Museum, Berlin, Mai bis August 2006, im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1. Dezember bis 15. April 2007, S. 180 ff., Bielefeld 2005.

#### **Auszeichnungen (Auswahl)**

- \* 1980 Ehrengabe zum Georg Dehio Preis für Geschichte (Künstlergilde, Deutschland);
- \* 1998 Humanitas-Preis des Ost-West Kulturwerks in Deutschland;
- \* 2001 Dr. Walter Eckart Wissenschaftspreis für das Buch „Heimatrecht ist Menschenrecht“;
- \* 2004 Aufnahme in den Conseil Scientifique de l'Académie internationale du droit constitutionnel.

#### **Website von Alfred de Zayas**

<http://alfreddezayas.com/index.shtml#>  
<http://www.alfreddezayas.com/>